



<b>Titel</b>	„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“	
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Niederbayern	
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

## „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“

1

2 Analyse:

3 Wo tauchten deutsche Waffen auf?

4 In den vergangenen Jahren haben sich Fälle gehäuft, in denen deutsche Waffen in Krisen- und Kriegsgebieten  
5 entdeckt wurden, wo sie eigentlich nicht hätten sein dürfen. Käufer:innen deutscher Waffen hatten sie weiter-  
6 gegeben, ohne Deutschland zu informieren. Entdeckungen, die für die Bundesregierung meist peinlich waren.  
7 In Georgien tauchten während des Kaukasuskriegs 2008 Sturmgewehre des Typs G-36 auf, die nie aus Deutsch-  
8 land dorthin geliefert worden waren. Wer sie Georgien gab, war angeblich nicht mehr festzustellen.

9 In Libyen wurden 2011 G36-Gewehre entdeckt, die das Gadhafi-Regime nicht in Deutschland gekauft hatte,  
10 aber gegen die Opposition einsetzen konnte. Sie kamen nach Erkenntnisse des Herstellers „Heckler & Koch“,  
11 aus Ägypten. Kairo hatte geliefert, ohne Berlin zu fragen.

12 Auch in Mexiko gab es Probleme: Mexiko hatte G-36-Gewehre für die Polizei einiger Bundesstaaten bestellt. Die  
13 Lieferung wurde genehmigt, weil vier besonders problematische Bundesstaaten in der mexikanischen Endver-  
14 bleibserklärung nicht genannt wurden. Genau dort aber fand sich anschließend fast die Hälfte der Lieferung  
15 von mehr als 10.000 Gewehren wieder. Äußerst brisant hierbei, dass die 43 Studierenden die 2014 in Iguala  
16 entführt und später erschossen wurden offenbar durch deutsche G36er starben. Die mexikanische Endver-  
17 bleibserklärung hatte die Absicht, die Gewehre auch in den vier problematischen Bundesstaaten an die Polizei  
18 zu verteilen, schlicht verschwiegen. Konsequenzen hieraus: keine.

19 Auch im Jemen tauchten jüngst G3-Gewehre auf, die Saudi-Arabien in Lizenz produziert und ohne Zustim-  
20 mung der Bundesregierung weitergegeben hatte. Das G3, muss dazu gesagt werden, ist nach der Kalaschnikow  
21 das erfolgreichste Sturmgewehr der Welt, da es oft durch „Heckler & Koch“ lizenziert im Ausland produziert  
22 wird.

23 Wo und was wird geprüft?

24 Einzelfall nach Einzelfall. Zum wiederholten Verdruss der Bundesregierung wurden sie öffentlich. Deutlich wur-  
25 de: Die Endverbleibsregelungen für deutsche Rüstungsexporte gleichen bisher dem sprichwörtlichen Schwei-  
26 zer Käse: Es gibt mehr Löcher als Käse. Dass das so ist, liegt auch daran, dass die Bundesregierung den  
27 Endverbleib bislang nie kontrollieren wollte. Hier hat sie auf Druck der Opposition mittlerweile nachgebess-  
28 ert, Kontrollen der Endverbleibserklärungen werden durchgeführt allerdings nur stichprobenhaft und nur in  
29 den sogenannten Drittstaaten. NATO und EU-Partner sowie Partnerstaaten in UN-Missionen und die NATO-  
30 gleichgestellten Länder (Japan, Israel, Australien etc.) zählen nicht zu den Ländern die bei Endverbleibserklä-  
31 rungen überprüft werden sollen. So hatte im Jahr 2011 der deutsche Gewehrproduzent „Sig-Sauer“ tausende  
32 Kleinwaffen in die USA verkauft, auch hier war der deklarierte Endverbleib eine Behörde der US-Armee. Das  
33 Problem dabei war nur, dass die Waffen einige Wochen später in Kolumbien wiederauftauchten wo zu dieser

34 Zeit noch ein Bürgerkrieg zwischen der Regierung und verschiedenen Guerilla Gruppen stattfand. Mittlerwei-  
35 le hat sich rausgestellt, dass „Sig-Sauer“ von dem wirklichen Endverbleib wusste und die Bundesregierung  
36 schlichtweg nicht informierte. Das Unternehmen hat seine Produktion in die USA ausgesiedelt, nachdem sie  
37 in Deutschland deswegen verklagt wurden. Ähnliche Fälle sind auch aus der Türkei bekannt, die in einigen  
38 Krisenherden im Nahen Osten einer der „Big-Player“ ist.

39 Ein weiteres Problem ist, dass die Bundesregierung die eingeführten „Post-Shipment- Kontrollen“ nur bei Klein-  
40 waffen durchführt. Sobald es um Teile von Raketenträgersystemen, Geschütztürme für Panzer oder Brenn-  
41 stoffzellen für U-Boote geht, wird überhaupt nicht mehr nachgefragt. Die Bundesregierung schrieb hierzu  
42 in einem Statement: „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Rüstungszusammenarbeit  
43 mit Drittländern dürfen durch das System der Post- Shipment-Kontrollen nicht gefährdet werden.“ Offener  
44 kann eine Regierung kaum zugeben, dass ihr wirtschaftlicher Erfolg wichtiger als Menschenleben und – rechte  
45 ist.

46 Warum brauchen wir Endverbleibskontrollen?

47 Wir Jusos bekennen uns zur friedlichen Konfliktlösung. Dies gilt für jeden Konflikt weltweit. Wir erkennen den-  
48 noch ob der aktuellen sicherheitspolitischen Lage und unserer Schutzverantwortung als Teil der Gemeinschaft  
49 aller Menschen an, dass in bestimmten Situationen der Einsatz bewaffneter Streitkräfte notwendig sein kann.  
50 Wenn in einem solchen Fall die Vereinten Nationen eine humanitäre Intervention beginnen und dabei bewaff-  
51 nete Blauhelme zum Einsatz kommen, müssen diese möglichst gut ausgerüstet sein, um ihr eigenes Leben  
52 sowie das Leben der Zivilist:innen im Land zu schützen. Die beste Ausrüstung für Soldat:innen, vor allem die  
53 Kriegswaffen können auch aus Deutschland kommen.

54 So lang die Rüstungskonzerne in Deutschland nicht verstaatlicht sind und dem Druck des Marktes unterliegen,  
55 müssen zum einen die Wettbewerbsfähigkeit und zum anderen die Arbeitsplätze des Unternehmens gesichert  
56 werden. Dies kann aber in keinem Fall auf Kosten von Menschenleben gehen, indem Waffen in Krisengebie-  
57 te, wenn auch über Umwege, geliefert werden, um Konflikte anzuheizen (s. Türkei in Syrien). Außerdem darf  
58 es nicht auf Kosten der Menschenrechte gehen, die von Regimen mit deutschen Waffen verletzt werden (s.  
59 Gaddhafi und die Opposition). Um sicherzustellen, dass keine deutschen Waffen über Umwege in Krisenge-  
60 biete geliefert werden, müssen wirksame, flächendeckende Endverbleibskontrollen eingeführt werden. Diese  
61 müssen über die Größe von Stichproben hinausgehen um sicherzustellen, dass ein Land nicht eine Lieferung  
62 ordnungsgemäß behält und aufbewahrt und eine andere Lieferung weiterschickt.

63 Warum auch bei Bündnispartner:innen Kontrolle besser als Vertrauen ist. Endverbleibskontrollen müssen bei  
64 allen Partner:innen stattfinden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Waffen, welche in Drittstaaten  
65 exportiert werden, meist auch in diesen verbleiben. Die Waffen jedoch, welche in Staaten exportiert werden,  
66 welche Bündnispartner:innen Deutschlands sind, egal ob über NATO, UN oder EU diejenigen Staaten sind,  
67 welche die Waffen dann im Sinne der Rüstungskonzerne weiterverkaufen. Oder im schlimmsten Fall sogar im  
68 Sinne des jeweiligen Staates an an dritte Akteure weitergeben.

69 Wer soll die Kontrollen durchführen?

70 Die momentanen Endverbleibskontrollen werden durch das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Wirt-  
71 schaft und Ausfuhrkontrolle übernommen. Diese Aufgabenteilung zwischen Außenministerium und Wirt-  
72 schaftsministerium schafft eine weitere gegenseitige Kontrolle, da das Auswärtige Amt in Deutschland tradi-  
73 tionell durch den:die Junior-Koalitionspartner:innen besetzt ist. Im Fall der letzten GroKo gibt das der SPD die  
74 Möglichkeit die Waffenexporte die im Bundessicherheitsrat vor allem durch eine Unions-Mehrheit beschlos-  
75 sen wurden, zu überprüfen.

76 In der aktuellen Situation sind hauptsächlich Diplom:innen mit den „Post-Shipment-Kontrollen“ befasst. Dies  
77 muss sich ändern. Auf der Diplom:innenenschule wird weder gelehrt wie Kriegswaffen aufbewahrt werden,  
78 noch wie sie logistisch „verbucht“ werden.

79 Wir fordern, dass diese Aufgabe von geschultem Personal durch das Auswärtige Amt oder Außenwirtschafts-  
80 ministerium durchgeführt wird. Eine andere Möglichkeit stellt die Weiterbildung des momentan zuständigen  
81 Personals dar.

82 Kein Arbeitsplatz wird bedroht.

83 Das Argument der letzten Bundesregierung, das durch diese „Post-Shipment- Kontrollen“ der wirtschaftliche  
84 Erfolg der Rüstungskonzerne bedroht wäre ist sehr fadenscheinig. Gerade weil Deutschland weltweit einige  
85 der besten Panzer und U- Boote herstellt, wird die wirtschaftliche Situation der Rüstungskonzerne nicht be-  
86 droht. Dies ist auch an den vollen Auftragsbüchern sichtbar, so will Norwegen im nächsten Jahr 4 U-Boote  
87 von „Thyssen-Krupp-Marine-Systems“ im Wert von 4,33 Milliarden Euro kaufen. Griechenland hat im Jahr 2014  
88 trotz Schuldenkrise Leopard-Panzer von „KMW“ für rund 1,7 Milliarden Euro gekauft. Die Union fordert in den  
89 aktuellen Sondierungen eine Erhöhung des Wehretats um die Bundeswehr neu auszustatten, ein weiterer Auf-  
90 trag für die deutschen Rüstungskonzerne der Milliarden einspielen sollte. Alles in allem spricht nichts dage-  
91 gen, Endverbleibskontrollen wirksam und flächendeckend umzusetzen um aktuelle Situationen wie im Jemen  
92 zu verhindern, wo Saudische Bomber deutsche Bomben auf Rebellen abwerfen die sich auch mit deutschem  
93 Gerät verteidigen.

94 Deswegen fordern wir:

95 Die SPD setzt sich für wirksame und flächendeckende Kriegswaffen-Endverbleibs- Kontrollen auch bei militä-  
96 rischen Bündnispartner:innen ein.

97 Diese Aufgabe muss von geschultem Personal durch das Auswärtige Amt oder Außenwirtschaftsministerium  
98 durchgeführt werden. Eine andere Möglichkeit stellt die Weiterbildung des momentan zuständigen Personals  
99 dar